

grünes blatt

für Brüggen, Bracht und Born

Steuererhöhungen bei Gewerbesteuer und Grundsteuer B **Unnötige Steuermehreinnahmen?**

In seiner letzten Sitzung vor dem Jahreswechsel erhöhte der Gemeinderat für das Jahr 2016 die Gewerbesteuer sowie die Grundsteuer B auf bebaute und bebaubare Grundstücke. CDU, SPD und die beiden Wählergemeinschaften UBW und AWB votierten

erfordert. Wenn aber Brüggen seine Steuersätze anhebt und die meisten anderen Städte und Gemeinden ebenso verfahren, steigt der Durchschnitt erneut und für das folgende Jahr stehen die nächsten Steuererhöhungen ins Haus. Um aus dieser

fehle plötzlich rund eine Viertelmillion Euro in der Kasse: Vom Land bekämen wir 100.000 EUR weniger, an den Kreis müssten wir 100.000 EUR mehr abführen und etwa 50.000 EUR Zusatzeinnahmen kämen nicht zustande.



für die Steuererhöhung, Bündnis 90/Die Grünen und FDP dagegen. Doch was sind die Hintergründe?

Mit den so genannten 'fiktiven Hebesätzen' geben sich alle Fraktionen im Gemeinderat unzufrieden. Bei den Hebesätzen handelt es sich um einen Durchschnittswert der Steuersätze aller Kommunen in NRW.

Das Problem: Wenn der Durchschnitt steigt, ist auch Brüggen gezwungen, die Steuern anzuhähen, selbst wenn die Kassenlage das nicht

Steuerspirale auszubrechen, könnte die Bürgergemeinde ihre Steuersätze theoretisch beibehalten oder sogar senken. Das Land täte trotzdem so, als nähme Brüggen mehr ein. Es würde deshalb weniger Schlüsselzuweisungen überweisen. Auch der Kreis Viersen unterstellt Brüggen höhere Steuereinnahmen und berechnet damit, welcher Anteil an den Gemeindesteuern ihm zusteht.

Die Folge: Zögen wir in Brüggen bei der Steuererhöhung nicht mit,

An diesen 50.000 EUR entzündete sich die Diskussion. Sind die 'fiktiven Hebesätze' nur ein schöner Grund lautstark zu schimpfen, um sich hinter vorgehaltener Hand über die vorgeblich unnötigen Steuermehreinnahmen zu freuen? Das wollte die Grüne Gemeinderatsfraktion wissen. Ihr Vorschlag, die Mehreinnahmen zu verwenden, um die Einwohnerschaft an anderer Stelle zu entlasten, wurde von der Mehrheit des Gemeinderats abgelehnt.

VORWORT

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Sie halten nunmehr die vierte Ausgabe unseres Grünen Blattes in den Händen. Auch in dieser Ausgabe möchten wir Sie über die aktuellen politischen Themen in unserer Gemeinde auf dem Laufenden halten. Nach der vergangenen Ausgabe des GB ist uns kräftiger Gegenwind beim Thema Gülle entgegen geweht. Dies nehmen wir ernst und zum Anlass uns diesem wichtigen Thema erneut zu widmen. Auch die Flüchtlingswelle hat Brüggen erreicht und beschäftigt Verwaltung und Einwohner seit Monaten. Viele Asylsuchende haben in unserer Gemeinde Unterstützung und Hilfe gefunden und ein Ende des Zustroms an Flüchtlingen ist nicht abzusehen. Im Bereich Natur und Umwelt waren wir in den letzten Monaten sehr aktiv. Aufgrund eines Antrags der Grünen Fraktion werden bei Ausgleichsmaßnahmen der Gemeinde künftig alte Obstbaumsorten gepflanzt. Grüne Politik findet jedoch nicht nur auf Gemeindeebene statt. Unser OV-Vorsitzender berichtet über seine Arbeit als Ausschussvorsitzender im Kreis. Wir hoffen, Sie mit unserem Grünen Blatt an unserer politischen Arbeit teilhaben zu lassen und für unsere Themen zu interessieren. Für Gespräche stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Auch zu unseren Ortsverbandssitzungen sind interessierte Besucher eingeladen.

Herzlichst Ihre/Eure
Bettina Mews
[Vorsitzende des Ortsverbandes]

Wer hat Lust, bei den Brügger Obstwiesenfreunden mitzumachen?

Knorpelkirsche und Winterglockenapfel

Der Grüne Antrag, zum Ausgleich für das Versiegeln von Bodenflächen alte einheimische Obstbaumsorten anzupflanzen, wurde vom Gemeinderat einstimmig angenommen. Für die Anpflanzung alter Hochstammsorten gibt es im Vergleich zu üblichen Ziergärten ein Vielfaches der so genannten Ökopunkte. Die Gemeinde kommt mit weniger Ausgleichsfläche aus, weil diese höherwertiger bepflanzt wird. Streuobstpflanzungen nahe neuer Baugebiete können sich positiv auf die Vermarktung von Baugrundstücken auswirken, lautet die Erfahrung unserer Nachbargemeinde Schwalmatal. Dort ist die Gruppe „Obstwiesenfreunde“ seit Jahren ehrenamtlich damit befasst, Sorten wie Büttners Rote Knorpelkirsche oder den Win-



Den Schwalmtaler Obstwiesenfreunden stellt die Gemeinde Schwalmatal Flächen und Pflanzgut zur Verfügung. Das trug zur Vermarktung des Neubaugebietes 'Zum Burghof' nahe der ehemaligen 'Schloßbrauerei' in Waldniel bei.

terglockenapfel zu pflanzen und zu pflegen. Zum Einstieg und unter fachkundiger Anleitung der Schwalmtaler wird im kommenden Frühjahr in Brüggen mit ersten Pflegearbeiten gemeindeeigener Baumbestände begonnen. Zur Erntezeit stehen die Erträge in „haushaltsüblichen Mengen“ der Bevölkerung zum Selberpflücken zur Verfügung.

Aufrufen in der Presse sind bereits ein Dutzend Mitmacher/innen gefolgt. Weitere ehrenamtliche Baumfreunde (Fachleute und Laien gleichermaßen) werden zur langfristigen Pflanzung, Betreuung und Pflege der neu angelegten Obstwiesen gesucht. Bei Interesse melden Sie sich bitte bei Sonja Lankes unter Telefon 02157/9983.

Aussterbende Obstbäume

Wer kann Standorte alter Baumsorten nennen, von denen Reisige zur Veredelung junger Bäume zu gewinnen sind? Hier einige Beispiele vom Aussterben bedrohter Sorten, die im Rheinland einst verbreitet waren:

Äpfel: Goldrenette, Sternrenette, Franze Sure, Sternrambur, Roter Ochsenkopf, Kohlapfel, Glasapfel, Gelber Boskop, Schöner von Elmpt

Birnen: Büngelkees, Huetjans, Mehlbirne, Judenbirne, Wühlesbeer, Zwiebelbirne, Bocketer Grüne, Ölligs, Rieserkes

Andere Obstsorten: Gelbpfirsisch, Wassenberger Sämling (Pfir.), Grevenbroicher Knorpelkirsche, Knauffs Schwarze (Kirsche), Brüsselpflaume

Eine der meist befahrenen Straßen im Gemeindegebiet ist gleichzeitig eine der am wenigsten ansprechenden. Gemeint ist die B221, die mitten durch den Ortsteil Genholt verläuft. Die Bundesstraße führt nach Norden zur A61 und in entgegengesetzter Richtung zur A52. Zudem verbindet sie Brüggen mit Bracht.

Das Erscheinungsbild wird im Ortsbereich von einer Vielzahl von Leitpfosten geprägt. Diese stehen teilweise erheblich schief. Insgesamt wirkt die Ortsdurchfahrt monoton, reizlos und trist, da es an jeglicher Gestaltung mangelt. Zudem klagen Anwohner,

Voll Pfosten



Kein einladender Anblick: Die B221 in Genholt

dass der Randstreifen als Hundeklo missbraucht und der Kot liegen gelassen wird. Im Zusammenhang besonders ärgerlich: die Anwohner mähen in den meisten Fällen den Grünstreifen selbst, da der zuständige Landesbetrieb Straßen.NRW nur zwei Mal jährlich Pflegemaßnahmen durchführt.

Daher beantragten die Grünen im Gemeinderat, dass die Verwaltung mit dem Landesbetrieb über Umgestaltungsmaßnahmen sprechen soll. Wenn prinzipiell geklärt ist, was geändert werden kann, sollen gemeinsam mit den Anwohner Änderungsvorschläge erstellt werden.

Eine Neugestaltung, z.B. mit Blumenbeeten, niedrigen Sträuchern kombiniert mit Holzbarrieren gegen wildes Parken auf dem Randstreifen, würden nicht nur den Wohnwert für die Anrainer erhöhen. Die Maßnahmen kämen allen Brüggerern und Brachtern zugute, die die Strecke befahren. Zudem würde sich der Gesamteindruck unserer Burggemeinde für Touristen verbessern.

Falls Sie jetzt schon Anregungen hierzu haben, können Sie sich gerne unter der Rufnummer 02163/9499894 an Dr. Jens-Christian Winkler wenden.

Nitrat im Grundwasser: Das Gülle-Problem bleibt

Dass Gülle die Hauptursache für zu hohe Nitratwerte im Grundwasser ist, ist nicht neu. Bereits im Frühjahr 2015 hat das Grüne Blatt darüber berichtet. Neu ist, dass das Problem nun wohl so bedeutend geworden ist, dass sich auch überregionale Medien dem

Bündnis 90/Die Grünen und SPD Ende 2014:

„...In Gebieten im Norden und Westen des Landes sind hohe Nitratkonzentrationen und teilweise steigende Konzentrationen im Grundwasser festzustellen.

Regionale Belastungsschwerpunkte mit teil-

2014. Auch in der Burggemeinde sind diese Gülletransporter aus den Niederlanden regelmäßig anzutreffen.

Vor diesem Hintergrund ist es besonders positiv hervorzuheben, dass sich in den Wasserschutzgebieten unserer Gemeinde über 50 Landwirte an der Wasser-



Für die Niederländer ein billiger Ausweg, der für die Grundwasseraufbereitung in Brüggen mit Millionenkosten verbunden ist. Im Bild: Ein Transporter bringt Gülle aus der niederländischen Agrarindustrie zu niederrheinischen Äckern.

Thema annehmen. So widmete sich die ZDF-Sendung Frontal 21 am 08.09.2015 dem Thema mit dem Beitrag „Bedrohung durch Gülleflut – Nitrat gefährdet Mensch und Natur“. Am 08.10.2015 folgte auch bei RP-Online ein Bericht mit dem Titel „Nitrat belastet den Niederrhein“. Beispiele aus dem Kreis Viersen wurden in beiden Veröffentlichungen genannt, mit alarmierend hohen Nitratwerten im Grundwasser.

Dies ist nur wenig verwunderlich, schaut man in die Antwort der Landesregierung auf eine große Anfrage von

weise sehr hohen lokalen Nitratkonzentrationen mit Spitzenwerten >180mg/L unter Ackerland-Einfluss bestehen nach wie vor in Teilen der Regierungsbezirke Düsseldorf ... (Viersen...) ... [Landtag NRW, Drucksache 16/7576, S. 70]

Neben der Gülle aus regionalen Zucht- und Mastbetrieben wurden auf landwirtschaftlichen Flächen im Kreisgebiet im Jahr 2013 zudem weitere knapp 200.000 Tonnen Gülle aus den Niederlanden in den Kreis Viersen importiert und verteilt. Dies besagt der Nährstoffbericht der Landwirtschaftskammer NRW

kooperation mit den Gemeindewerken beteiligen. Sie verpflichten sich freiwillig zu besonderen Anbaufolgen, Begrenzungen beim Nährstoffeintrag und lassen die Bodenqualität engmaschig überwachen.

Aber leider beteiligen sich, nach eigener Aussage, nicht alle Landwirte mit Flächen im Wasserschutzgebiet an der Kooperation (Stadtjournal Brüggen, Ausgabe Mai 2015). Für eine dauerhafte Begrenzung oder gar Senkung der Nitratbelastung des Grundwassers sind die bisherigen Maßnahmen nicht umfassend genug. Die blos-

GRÜNFLÄCHENERFASSUNG

Der Bauhof der Burggemeinde besitzt nicht genügend Kapazitäten, um alle Grünflächen zu bewirtschaften bzw. zu pflegen. Diese Erkenntnis ergab sich aus den Beratungen des Ausschusses für Liegenschaften im April vergangenen Jahres. Deshalb hat die Grüne Ratsfraktion beantragt, ein so genanntes 'Grünflächenkataster' zu erstellen. Ziel der Erfassung sollen Erkenntnisse für den gezielteren Einsatz des Bauhofes sein. Planung, Entwicklung und Unterhaltung von Grün- und Freiflächen können so effizienter vorgenommen werden. Gleiches gilt für den Einsatz von Personal und Maschinen. Eine erste Beratung findet in der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Natur und Umwelt am 3. März statt. Großer Sitzungssaal, 19 Uhr, Gäste sind willkommen.

se Einhaltung der ordnungsrechtlichen Vorgaben, z.B. der Düngerverordnung, reicht nicht aus, die Nitratbelastung des Grundwassers zu reduzieren. Wir benötigen deshalb auch weiterhin die Freiwilligkeit und Kooperation der Landwirte über die gesetzlichen Vorgaben hinaus sowie den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft, wenn der Nitratgehalt im Grundwasser dauerhaft sinken soll.

Wendekreis falsch berechnet



Ende 2015 wurde der Netto-Markt in Bracht umgebaut. Dabei wurde auch der zugehörige Parkplatz neu gestaltet. Eine Zufahrt zur Kahrstraße entfiel, die bislang die Anlieferung erleichterte. Doch für die verbliebene Zufahrt vom Nordwall wurde offenbar der Wendekreis anliefernder LKW falsch berechnet. Da die Fahrzeuge rückwärts an die Rampe des Marktes fahren müssen, geraten die Führerhäuser der ton-

nenschweren Lastkraftwagen immer wieder auf die Grünfläche des gegenüber liegenden Parks am Nordwall. Neben der Grünfläche, auf der demnächst ein Spielplatz entstehen soll, wurden auch die Bordsteine in Mitleidenschaft gezogen. Ein zwischenzeitlich aufgestelltes Verkehrszeichen, das die Zufahrt von Fahrzeugen mit mehr als zehn Metern Länge untersagt, verfehlt seine Wirkung.



Martin-Sebastian Abel (MdL)

Halbe Million für Brüggen

So etwas hat es noch nie gegeben: dreimal musste der Landtag den Haushaltsplan 2015 abändern. Wir haben das getan, um die Situation der vielen Geflüchteten, aber auch die der haupt- und ehrenamtlichen HelferInnen sowie der Kommunen zu verbessern. Ganz konkret haben wir zusätzliches Personal eingestellt: mehr LehrerInnen, PolizistInnen, RichterInnen und unterschiedliche Berufsfelder zur Betreuung und Integration von Flüchtlingen. Fast 1,5 Milliarden Euro haben wir gegenüber 2014 zusätzlich bewegt.



*Martin-Sebastian Abel (MdL)
finanzpolitischer Sprecher
der Grünen Landtagsfraktion*

Es wird nicht das letzte Mal sein, dass ein Haushaltsplan, der am Ende des Vorjahres aufgestellt wurde, schlicht von der Realität überrollt wird. Auch am Niederrhein müssen viele Räte ihre Pläne ändern. Für uns Grüne im Land ist deshalb klar: die Städte und Gemeinden bekommen alle Unterstützung, die dem Land möglich ist. Wir werden im laufenden Jahr für die Herausforderung der Flüchtlinge alle Mittel

aus Berlin sofort weiterleiten und zusätzlich Unterstützung geben. In 2017 werden wir monatlich mit den Kommunen abrechnen und nicht mehr jährlich. Die Mehreinstellungen bringen uns an die Grenze der Spielräume, die das Land hat. Es wird Zeit, dass die Bundesregierung ihre Hausaufgaben macht und Ländern wie Kommunen hilft.

Der Niederrhein hat viele Gäste aus der unmittelbaren Umgebung. Als Düsseldorfer schätze ich die wunderschönen Naturlandschaften, die kleinen Ortskerne und die einladenden Fahrradwege. Wir Grünen wissen, wie wichtig Heimat in einer globalisierten Welt ist und das Motto „global denken, lokal handeln“ prägt auch unsere Haushaltspolitik: 2010 haben wir einen Haushalt mit über sechs Milliarden Neuverschuldung übernommen. Der Plan für 2016 sieht eine Neuverschuldung von unter 1,5 Mrd. und Zuweisungen an die Kommunen von 11,9 Milliarden vor. Wir haben die Neuverschuldung jedes Jahr gesenkt und trotzdem mehr Geld an Städte und Gemeinden gegeben: 2016 werden Kommunen mit über 10,3 Mrd. Euro die höchsten Zuweisungen des Landes überhaupt bekommen. Brüggen erhält über eine halbe Million zur Bewältigung zusätzlicher Aufgaben und aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz fast vier Millionen Euro.

CAFÉ KOSTBAR

Ein zwangloses Treffen mit den asyl-suchenden Menschen, aber auch mit vielen anderen ist u.a. möglich im Café Kostbar der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde in Bracht, Stifter Str. 18-20. Jeden letzten Samstag im Monat von 15.00- 17.00 Uhr bietet sich dort die Gelegenheit ins Gespräch zu kommen. In lockerer Atmosphäre ist hier der Kontakt auch mit Menschen anderer Kulturen leicht möglich und ein entspanntes Kennenlernen oftmals die Basis für weitere Kontakte. Für Informationen wenden Sie sich bitte an: Pastor Thomas Hinz, Ev.-Freikirchliche Gemeinde, Telefon: 02163/888834

Wohin mit Sachspenden?

Die Koordination von Sachspenden für die Flüchtlingshilfe hält Herr Dieter Bongartz in Händen. Am Materiallager neben der ehemaligen Landesjagdschule, ist er jeden Dienstag und Donnerstag zwischen 14.00 und 17.00 Uhr anzutreffen. Die Adresse lautet von-Schaesberg-Weg 43. Telefonisch ist Dieter Bongartz unter 0152/07136365 MO, DI, DO und FR zwischen 10.00 und 17.00 Uhr zu erreichen. Werden akut Dinge benötigt, so ruft die Gemeinde gezielt zu solchen Spenden über ihre Internetseite und das gemeindliche 'Infoportal' auf Facebook auf.

Ein Bericht zur ehrenamtlichen Arbeit im Bereich der Flüchtlingshilfe Erfahrungsbericht Flüchtlingshilfe von Bettina Mews

Nach einer Anfrage der Verwaltung habe ich mich im Mai 2015 bereit erklärt, mich um die Sammlung und Organisation der Spenden für Flüchtlinge zu kümmern. Zunächst war die Arbeit überschaubar und die Spendenbereitschaft verhalten, aber nach Veröffentlichung von Aufrufen in der Presse änderte sich dies schlagartig. Die Sachspenden werden in einem Lagerraum an der ehemaligen Landesjagdschule zwischenge-



Bettina Mews ist Vorsitzende der Brügger Grünen und in der Flüchtlingshilfe aktiv.

lagert, bevor sie ausgegeben werden. Dort sind bei jedem Besuch Bewohner der Unterkunft zur Stelle. Sie fragen, wie sie helfen können. Die Langeweile ist das Hauptproblem der Flüchtlinge. In vielen Gesprächen erfuhr ich, wie unterschiedlich die Einstellungen und Vorstellungen der dort untergebrachten Menschen sind. Manche freuen sich über jede Zuwendung. Andere empfinden die Spenden als Almosen und sind beschämt. In einem Gespräch hat mir ein



Die Asylbewerberunterkunft „ehemalige Jagdschule am von-Schaesberg-Weg 43. Auf dem Hof befindet sich das Spendenlager der Gemeinde.

junger Mann erklärt: „Das hier ist nicht mein Leben. Ich werde alles dafür tun, mein Leben zurück zu bekommen. Ich werde Deutsch lernen und mein Studium beenden.“ Da die Bewohner verschiedenen Religionen angehören und über ganz unterschiedliche Bildungsstände verfügen, sind auch Spannungen nicht auszuschließen. Dies jedoch wäre aber in anderen Gruppen unter ähnlichen Bedingungen nicht anders. Ich habe vieles erfahren über diese Menschen und ihre Geschichten. Die Berichte im Fernsehen sind das Eine, aber mit jemandem zu reden, der sein Haus, seine Verwandten, seinen Job und alles was er besaß aus Angst um sein Leben zurück gelassen hat, ist eine ganz andere Sache. Auf Facebook und in Gesprächen im Ort habe ich schon vieles zum Thema gehört und gelesen. „Denen kann's ja wohl nicht schlecht gehen, wenn die alle ein Smartphone haben“, ist eine dieser Phrasen. Dass dieses

Smartphone aber die einzige Verbindung ist, die diejenigen zu ihren Familien haben, übersehen die Kritiker gerne. Wenn jeder, der sich zu dem Thema äußert, zunächst den persönlichen Kontakt mit den asylsuchenden Menschen aufnahme, sähen manche Kommentare vermutlich anders aus. Ich bin froh, einige unserer Neubürger kennen gelernt zu haben, da ich diese Kontakte als Bereicherung empfinde. Auch wenn ich meine ehrenamtliche Arbeit bei der Spendensammlung einschränken musste, werde ich auch weiterhin meine Unterstützung gerne einbringen.

Impressum

Herausgeberin:
B'90/Die Grünen
Ortsverband Brügggen

Verantwortlich:
Bettina Mews und
Dr. Jens-Christian
Winkler (Vorsitzende
des Ortsverbandes)

B.-Röttgen-Waldweg 19
41379 Brügggen
gruene-brueggen.de

Gefahr für Kreisfinanzen

Der Kreis Viersen hat zur Zeit noch über 21 Millionen Euro Allgemeine Rücklagen. Diese sind zum großen Teil in Aktien des Energiekonzerns RWE angelegt. Bei der Einbringung des Haushalts für 2016 warnte Kreiskämmerer Thomas Heil jedoch davor, dass die Aktien mit ihrem ehemaligen Wert von 30 EUR pro Stück in den Büchern stehen. Da RWE-Aktien bei aktuellem Börsenkurs nur noch 10,80 EUR wert sind, muss der Kreis-Aktienbesitz in seinem Wert nach unten korrigiert werden. Je nach Korrekturansatz würde die Allgemeine Rücklage fast aufgezehrt. Wie die Korrektur tatsächlich erfolgen soll, wird derzeit geprüft. Der Spielraum für eine niedrige Kreisumlage, also das Geld, das die Städte und Gemeinden an den Kreis zahlen müssen, wird aber zukünftig enger.

Welcher Müll darf nach Brüggen?

Bei der Abfallentsorgung stellt sich immer die Frage "Wohin damit?". Nicht jede Deponie darf jede Art von Abfall aufnehmen. Da unterschiedliche Abfallarten auch unterschiedliche Risikopotenziale für Mensch und Natur besitzen, gibt es für Deponien Genehmigungen, die genau regeln, was aufgenommen werden darf und was nicht. Dürfen z.B. die als gefährlich eingestuft "Schlämme aus Öl- und Wasserabscheidern" oder "Abfälle aus der Asbestverarbeitung" auf die Brügger Deponie? Die Antwort hierauf findet man in der Abfallsatzung des Kreises Viersen. Dort sind auch die beiden vorgenannten Beispiele aufgeführt.

Eine zweite Möglichkeit zu prüfen, welche Abfallarten auf eine bestimmte Deponie dürfen, bietet das Internetportal www.addis.nrw.de des Landesamtes für Natur,



Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV). Auch hier sind für alle Deponien die zugelassenen Abfallarten aufgelistet.

Erstaunlicherweise zeigten sich aber der Grünen Kreistagsfraktion große Abweichungen bei einem Vergleich der Abfallsatzung des Kreises mit dem Genehmigungsstand im Internetportal. So werden in der Satzung des Kreises weit mehr gefährliche Abfälle aufgelistet, als über das LANUV-Portal zu finden sind. Daher hat die Kreistags-

fraktion auf dem 'kleinen Dienstweg' eine Anfrage direkt an die zuständige Stelle der Verwaltung gestellt. "Ziel unserer Anfrage ist die Klärung, ob es sich nur um Übertragungsfehler beim LANUV handelt oder ob die Abfallsatzung einen größeren Umfang als die Genehmigung der Deponie hat." so Dr. Jens-Christian Winkler, Brügger Kreistagsmitglied. "Wir möchten selbstverständlich sicherstellen, dass Gefährdungen für Mensch und Natur ausgeschlossen sind."

Kreis Viersen prüft Taxi-Konzessionen

Das aktuelle Taxigutachten des Kreises hat gezeigt, dass gegenwärtig ca. 28 Prozent der Betriebe jenseits aller „betriebswirtschaftlichen Plausibilität“ arbeiten. Das entspricht einer Verdoppelung im Vergleich zum Taxigutachten aus 2007. Die Grünen, CDU und Kreisverwaltung sehen daher die Notwendigkeit, dieser Tendenz mit geeigneten Mitteln entgegen zu treten.

Im Kern geht es um erweiterte Kriterien für die Überprüfung der Angaben des Antragstellers.

Dabei soll neben der finanziellen Leistungsfähigkeit des Antragstellers künftig seine persönliche Zuverlässigkeit stärker in den Fokus rücken. Insbesondere abgaben- und sozialversicherungsrechtliche Angaben des Unternehmers sind kritischer zu prüfen, um negative Folgen für die öffentlichen Haushalte (z.B. durch Schwarzarbeit oder parallelen Leistungsbezug) sowie erhebliche Wettbewerbsnachteile zulaisten ehrlicher Unternehmen einzudämmen.

Born bekommt einen 'Dorffotografen'



Nach zahlreichen, erfolglosen Versuchen, die Verkehrssituation an der Kreuzung Boisheimer Straße (L373) im Orts-

teil Born zu entschärfen, regte René Bongartz, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Brügger Gemeinderat, im vergangenen Mai eine Anfrage bezüglich eines Starenkastens bei der Genehmigungsbehörde des Kreises Viersen an. Im November konnte Bürgermeister Frank Gellen dem Rat mitteilen, dass der Kreis die Anfrage positiv beschieden hat. Nicht mehr lange und in Born wird der 'Dorffotograf' mit teuren Fotos für Tempo 50 sorgen.

Fleischbeschau, Notarzt und KK-Kennzeichen

Der Grüne Vorsitzende des Kreisausschusses für Verbraucherschutz, Ordnung und Rettungswesen, Dr. Jens-Christian Winkler, im Gespräch mit Bettina Mews.



Bettina Mews im Gespräch mit Dr. Jens-Christian Winkler. Beide gemeinsam sind zugleich die Vorsitzenden des Ortsverbandes der Brüggener Grünen.

Mews: Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ordnung und Rettungswesen (AVOR) wurde mit Beginn dieser Wahlperiode im Juni 2014 neu eingerichtet. Was war der Anlass?

Winkler: In der Vergangenheit gab es den Ausschuss „Bauen, Umwelt, Verbraucherschutz und Ordnung“ in dem die Themen integriert waren. Da Bauen und Umwelt immer breiten Raum bei den Beratungen einnahmen, wollte der letzte Kreistag eine Trennung. Das war die Geburtsstunde des neuen Ausschusses AVOR.

Mews: Jens-Christian, Du bist 2014 zum ersten Mal für den Kreistag angetreten und hast nun gleich den Ausschussvorsitz übernommen, quasi von 0 auf 100 - war der Start nicht schwierig?

Winkler: Ausschussarbeit ist für mich nichts Neues. Zum einen arbeite ich seit fast 20 Jahren in diversen Fachausschüssen, zum anderen konnte ich auch als Sachkundiger Bürger

und Stadtratsmitglied in Willich Erfahrung sammeln. Aber die Arbeit im Kreis unterscheidet sich doch von der Kommunalarbeit. Und daher war ich sehr froh, dass gerade zum Start der zuständige Dezernent Thomas Heil sowie die Amtsleiter Hans-Georg Stropfen (Ordnung) und Dr. Helmut Theißen (Veterinär- und Lebensmittelüberwachung) hilfreich mit Rat und Tat zur Seite standen.

Mews: Welche Themen wurden in den ersten Sitzungen beraten?

Winkler: Auf der Tagesordnung standen bislang Themen wie Bedarfsplan für den Rettungsdienst, Wiedereinführung des KK-Kennzeichens, Erhöhung der Taxientgelte, Notfallrettung und Krankentransporte, diverse Gebührensatzungen, sowie Le-

bensmittel- und Futtermittelüberwachung inkl. Schlachthofkontrollen.

Mews: Welches Thema ist für uns hier in Brüggener Deiner Meinung nach bislang am wichtigsten gewesen?

Winkler: Also abgesehen davon, dass auch bei uns Autos mit KK-Kennzeichen zugelassen wurden, betrifft das Thema Rettungswesen unsere Gemeinde direkt. Wir sind im Kreis Viersen sehr gut aufgestellt, was das Rettungswesen betrifft. Die Kennzahlen zu den Einsätzen zeigen, dass die gesetzlichen Vorgaben zu den so genannten Eintreffzeiten eingehalten und oft sogar unterschritten werden. Und dies ist gerade für unsere Gemeinde ganz im Westen des Kreises gut zu wissen.

Mews: Welche Grünen Schwerpunkte möchtest Du in dem Ausschuss zukünftig noch setzen?

Winkler: Verbraucher- und Tierschutz sind klassische Grüne Themen, die ich auch gerne im Ausschuss und damit im Kreis mehr in das öffentliche Interesse rücken möchte. Leitfragen sind u.a.: Wie und mit welchen Ergebnissen wird kontrolliert? Wie wird sicher gestellt, dass angeordnete Maßnahmen auch umgesetzt werden? Was können wir im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten noch verbessern?

Mews: Dann wünsche ich Dir gutes Gelingen bei der weiteren Leitung des Ausschusses und bedanke mich für das informative Gespräch.

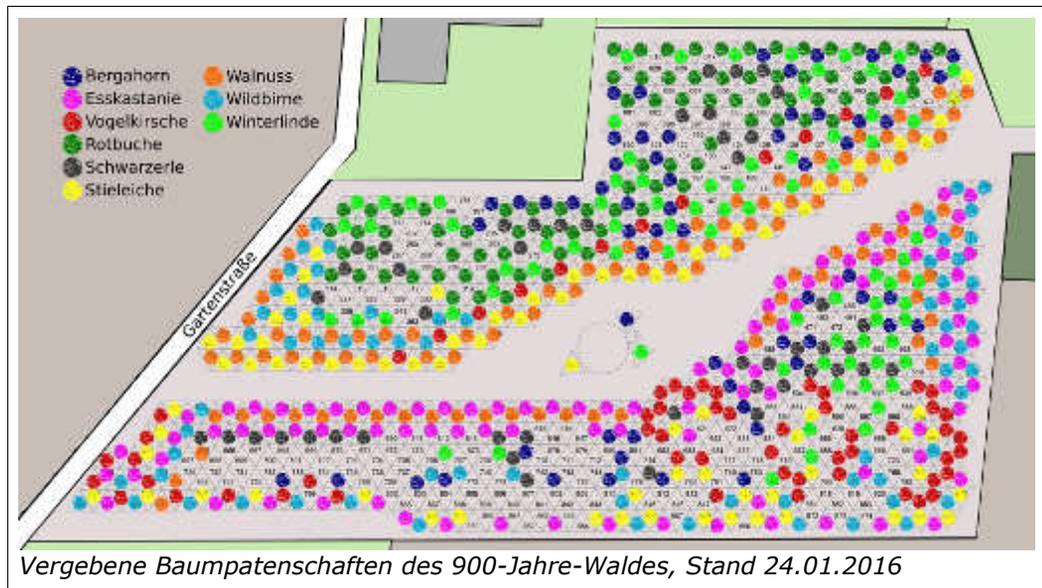
Kreistag lehnt Kommunales Integrationszentrum ab

Alle Kommunen im Kreis nehmen Flüchtlinge auf und sind angewiesen, sie nicht nur unterzubringen, sondern auch adäquat zu versorgen und perspektivisch als Teil der Gemeinschaft zu integrieren. Die Integration ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe zur Sicherung und Gestaltung unseres sozialen und wirtschaftlichen Gefüges. Integration muss strategisch gesteuert und als dauerhafte Querschnittsaufgabe von allen Bereichen wahrgenommen werden. Daher stellte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreis den Antrag, die Verwaltung möge ein Konzept zur Errichtung eines kommunalen Integrationszentrums erarbeiten. Das KIZ sollte sich genau diesen Aufgaben annehmen und die Kommunen bei der Bewältigung der Flüchtlingsunterbringung und -versorgung unterstützen. Kommunale Integrationszentren werden vom Land NRW mit dreieinhalb Stellen gefördert. Nicht zuletzt, weil dies eine personelle Entlastung bedeutet, gibt es 'KIZe' in fast allen Kreisen des Landes. Leider wurde der Antrag mit der Mehrheit von CDU, FDP und AfD im Dezember abgelehnt.

Im Süden von Bracht entsteht ein Wald

Jubiläen gibt es allerorten. Doch der '900-Jahre-Wald', der zum 900sten Jahrestag in Bracht gepflanzt wird, ist einmalig - mindestens in Deutschland, wahrscheinlich aber auch darüber hinaus. Nicht zuletzt deshalb wird auch Bundes-Umweltministerin Barbara Hendricks am 29.10.2016 in Bracht zu Besuch sein - dem symbolträchtigen Datum, an dem der Wald von seinen 900 Baumpaten gepflanzt wird.

Seit der Mühlenweihnacht übernahmen bereits rund 720 „Menschen mit einer Beziehung zu Bracht“ eine Patenschaft für einen der Bäume. In Anlehnung an die 'Bäume des Jahres' (Jahreszahlen in



oder Edelkastanie. Im Süden von Bracht stellt die Gemeinde zwischen Gartenstraße und Alster Kirchweg ein rund 9.000qm großes Grundstück zur Verfügung. Der neue Wald dient dabei als Ausgleichsfläche für Versiegelungen beim Straßen- und Hausbau.

Doch geht die Aktion über das bloße Bäumepflanzen hinaus. Alle Paten erhalten eine Tontafel mit dem eigenen Namen. Die Tafel wird

von den Paten am Pflanztag in den Wurzelbereich des Baumes eingegraben und tritt erst wieder zu Tage, wenn der Baum in vielen Jahrzehnten oder Jahrhunderten nicht mehr ist. So wird der 900-Jahre-Wald zum lebendigen Denkmal an all jene, die ihn einst pflanzten. „Zielvorgabe ist das 1.000-Jährige von Bracht“, scherzt René Bongartz, Ideengeber des 900-Jahre-Waldes, „und was die dann mit unseren Namenstafeln machen, da wird denen

schon was Hübsches einfallen“. Bevor die Tafeln ins Erdreich gelangen, werden sie den Sommer über von einem fünfköpfigen Vorbereitungsteam beschriftet und bei der Firma Laumanns gebrannt, die die Aktion großzügig sponsert. Gemeinsam sind sich

die Vorbereiter sicher, dass auch die restlichen Baumpatenschaften etwa um Ostern vergeben sein werden. Dies geht - so lange der Vorrat reicht - entweder persönlich auf den Veranstaltungen zu „900 Jahre Bracht“ oder unter Tel. 02157/1265602.



900-Jahre-Wald
29.10.2016

Clammern) empfahl Gemeindeförster Oliver Dreger neun Baumarten, von denen je einhundert Exemplare den 900-Jahre-Wald bilden werden:

Bergahorn (2009), Rotbuche (1990), Schwarzerle (2003), Stieleiche (1989), Vogelkirsche (2010), Walnuss (2008), Wildbirne (1998), Winterlinde (2016) und statt der aktuell häufig von Krankheiten befallenen Roßkastanie (2005) ihre gesunde Namensschwester, die Ess-

Walnüsse gepflanzt



Nach Anwohner-Hinweisen stellten Mitglieder der Grünen Fraktion an Roßkastanien im Wohngebiet Holtschneiderweg Pseudomonas-Befall fest. Die Bäume bluteten teilweise schwammartig aus. Auf den 'Pfortenöffner' Pseudomonas folgen Holzzerstörende Pilze, die letztlich zum Absterben der Pflanze führen. Mit Mitarbeitern des Ord-

nungsamtes sowie des Bauhofs kam man überein, die erkrankten Bäume zu entfernen. Dies geschah auch, da die Bäume seit Jahren auf der vorgesehenen Feuerwehrezufahrt wuchsen. Auf Vorschlag von Ulrich Siebert (Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Natur) wurden inzwischen drei Walnussbäume als Ersatz gepflanzt. An dem gleichzeitig mit zusätzlichen Geräten aufgewerteten Kindersplatz soll - erstmals in Brüggem - noch eine 'Naschhecke' angepflanzt werden. An einer solchen Hecke aus essbarem Beerenobst können Kinder und Erwachsene bedenkenlos zugreifen. Im Vorfeld ist eine Befragung der Anwohnerschaft beabsichtigt.